

### 31 Bank von Hongkonger Gesellschaft gekauft

Zum ersten Mal seit zehn Jahren wurde eine Bank mit Sitz in Macau von ausländischen Investoren gekauft. Am 29. Mai wurde bekannt, dass Hongkong Chinese – im Besitz der indonesischen Lippo Group – 85% von Finibanco (Macau), S.A.R.L. für 190 Mio. MPtc (23,75 Mio. US\$) gekauft hat. Finibanco wurde 1995 eröffnet und ist die einzige Macauer Zweigstelle des portugiesischen Kreditgebers Finibanco SA; sie beschäftigt nur 14 Angestellte. Der Kauf wurde von der Macau Monetary Authority genehmigt. Der Preis ist um 28% höher als das Reinvermögen der Bank Ende Dezember 2001. Auf die Neuigkeit hin stiegen die Aktien von Hongkong Chinese, nachdem die Gesellschaft letztes Jahr 192 Mio. HK\$ Verlust gemacht hat, während im Jahr 2000 noch 361,8 Mio. HK\$ Gewinn erzielt wurde. Vertreter der Gesellschaft sagten zu dem Kauf, dass diese dadurch in den auch infolge der Liberalisierung der Glücksspielindustrie immer aktiver werdenden Finanzmarkt Macaus einsteigen und die Finanzgeschäfte auf das Macau benachbarte Perlflussdelta ausdehnen könne. Nach dem Kauf von Finibanco (Macau) ist die Eröffnung zweier weiterer Filialen in Macau geplant. In Macau sind 22 Banken tätig, elf lokale und elf ausländische.

Auch Taiwan steigt in Macaus Bankgeschäft ein. China Development Financial Holdings, Taiwans drittgrößte Geldinstitution, hat die Zustimmung der Regierung, bis 100 Mio. US\$ in Finibanco (Macau) zu investieren. Auf diese Weise will die Gesellschaft Zugang zum chinesischen Markt bekommen, ohne gegen bestehende Beschränkungen zu verstoßen.

China hat dieses Jahr zugestimmt, zehn taiwanische Banken auf seinem Markt zuzulassen. Die Banken dürfen Geld verleihen und Geldeinlagen annehmen, wenn sie zwei Jahre lang Vertretungen in China unterhalten haben. Nach fünf Jahren können sie dann einen Antrag stellen, chinesische Währung zu leihen. Im Gegenzug will auch Taiwan seinen Markt chinesischen Banken öffnen, so Taiwans Finanzminister Lee Yung-san (Li Yongsan) im Mai. Mit Genehmigung von Chinas Zentralbank, der People's

Bank of China, die letzten März erteilt wurde, werden zunächst zwei Banken aus Taiwan in der Volksrepublik präsent sein. Die United World Chinese Commercial Bank eröffnete am 15. Mai ihre Vertretung in Shanghai; die Vertretung der Chang Hwa Commercial Bank ist in Kunshan in der Nachbarprovinz Jiangsu. (XNA, 12.3., 30./31.5.02; FT, 22.5.02) -ljk-

---

## Taiwan

---

### 32 WHO-Antrag scheitert trotz gewachsener Unterstützung

Taiwans Wunsch, zur Weltgesundheitsorganisation WHO als Beobachter zugelassen zu werden, wurde von der Weltgesundheitsversammlung, dem zentralen Organ der WHO, Mitte Mai erneut abgelehnt. Wie in den Jahren zuvor schaffte es der Antrag nicht einmal, auf die Tagesordnung gesetzt zu werden.

Anders als früher allerdings hatte Taiwan mit seinem Anliegen dieses Mal auch außerhalb des kleinen Kreises seiner diplomatischen Verbündeten Unterstützung gefunden. Für die Verleihung eines Beobachterstatus an Taiwan hatten sich unter anderem ausgesprochen

- der auswärtige Ausschuss des belgischen Parlaments,
- das europäische Parlament und
- der US-Kongress.

Die vom US-Kongress verabschiedete Entschließung hatte sogar Gesetzesform und war vom Präsidenten unterzeichnet worden. Auch aus Japan war Taiwan Unterstützung signalisiert worden.

Allein diese Stimmen und Entschließungen in seiner Sache kann Taiwan als diplomatischen Erfolg werten. Möglich wurde dies durch den klugen Verzicht darauf, als Staat aufzutreten und den Antrag stattdessen als „Rechtspersönlichkeit des Gesundheitswesens“ (*health entity*) analog zum Terminus „juristische Person“ (*legal entity*) zu stellen, in Anlehnung an die Mitgliedschaft in anderen internationalen Organisationen, so in der

Welthandelsorganisation, wo Taiwan als „Zollgebiet“ gilt, im Asien-Pazifik-Wirtschaftsforum, dem es als „Rechtspersönlichkeit der Wirtschaft“ (*economic entity*) angehört, oder im Internationalen Olympischen Komitee, an dem Taiwan als „Rechtspersönlichkeit des Sports“ teilhat. Zur Zurückhaltung auf der formalen Seite traten klare Sachargumente: Weder dürften die Bürger Taiwans als Weltbürger zweiter Klasse und Gefangene einer unglücklichen politischen Situation von gesundheitsrelevanten Informationen und Aktivitäten der Weltgemeinschaft ausgeschlossen werden, noch könne diese ein Interesse daran haben, womöglich über von Taiwan ausgehende Krankheitserreger von epidemologisch globaler Relevanz nicht informiert zu sein.

China sah in Taiwans Anliegen gleichwohl einen Angriff auf seinen Alleinvertretungsanspruch und auf die Ein-China-Doktrin. Die Parlamentsstimmen aus Europa und den USA mussten daher politischen Opportunitätserwägungen unterliegen. Auf der Sitzung des Leitungsgremiums, das Taiwans Antrag im Vorwege behandelte, schwiegen die Vertreter der USA und Japans dementsprechend, während sich Frankreich und Spanien ausdrücklich gegen Taiwans Antrag aussprachen. China hatte argumentiert, die Statuten der WHO sähen eine „health entity“ nicht vor. Tatsache ist allerdings, dass der Beobachterstatus allerlei Nichtstaaten zuerkannt wurde, beispielsweise dem Roten Kreuz und den Palästinensern. So bleibt Taiwan als einziges staatliches Gebilde weltweit von der Teilhabe am globalen Gesundheitsnetzwerk der WHO weiterhin ausgeschlossen. Dass sich daran in Zukunft etwas ändern wird, ist nicht anzunehmen. (TT, 4.5., 5.5., 14.5., 15.5.02; CNAT, nach BBC PF, 4.5., 6.5., 7.5., 8.5., 14.5., 15.5., 23.5.02; RMRB, 9.5.02; SCMP, 15.5., 16.5.02; ST, 16.5.02) -hws-

### 33 Neue Initiativen im Verhältnis zu China

In verschiedener Weise deutete sich im Mai neue Bewegung in Taiwans Beziehungen zu China an. Im Zentrum der Aufmerksamkeit standen dabei zwei Äußerungen von Präsident Chen

Shui-bian. Er nutzte einen Besuch auf dem festlandnahen Kinmen-(Jinmen-, Quemoy-)Archipel zu der Erklärung, er möchte nach dem 1. August, wenn er den Vorsitz der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) übernimmt, eine Parteidelegation zu politischen Gesprächen nach China schicken. Angesichts der politischen Hürden, die Kontakten auf Regierungsebene entgegenstünden, sei es sinnvoll, es mit einem Dialog auf Parteiebene zu versuchen. Chens Vorhaben kann als Antwort auf Äußerungen von Vizepremier Chen Qichen gewertet werden, wonach China auch DPP-Mitglieder als Besucher willkommen zu heißen bereit sei, sofern diese nicht – wie angeblich Präsident Chen – zu den „hartnäckigen Elementen“ zählen. (Vgl. C.a., 2002/1, Ü 37)

Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlichte zwei Tage später einen ausführlichen Kommentar zu Chens Erklärung. Demnach sei eine DPP-Delegation willkommen, sofern die DPP Taiwans Unabhängigkeit aus ihrem Parteiprogramm streiche und die Ein-China-Doktrin akzeptiere. Dies stellt jedoch einen Rückzieher gegenüber den Äußerungen Qian Qichens dar, der solche Vorbedingungen nicht genannt hatte. Als Chen kurz darauf in einem Interview mit der US-Zeitschrift *Newsweek* betonte, Taiwan sei ein unabhängiger Staat, sah sich die chinesische Seite in der Ansicht bestärkt, Chen meine es mit seinem Dialogangebot gar nicht ernst und treibe ein doppeltes Spiel.

Während dieser Teil von Chens Initiative also im Sande zu verlaufen droht, gilt dies für einen anderen Teil nicht: Um die „drei großen Direktbeziehungen“ (Handel, Post, Verkehr) zu verwirklichen, rückte der Präsident von der bisherigen Position ab, wonach vor Aufnahme der Direktbeziehungen Verhandlungen auf Regierungsebene zu führen seien, und erklärte, die Regierung sei bereit zu erwägen, private Organisationen mit den Verhandlungen zu beauftragen. Die Regierung könne dabei ihre führende Rolle wahren, ohne notwendigerweise in vorderster Linie zu stehen. Der Leiter des dem Staatsrat in Beijing unterstehenden Taiwanbüros Chen Yulin erklärte daraufhin, man sei willens, Gespräche über die Direktbeziehungen mit einflussreichen Unternehmern zu füh-

ren, die die „taiwanischen Behörden“ beauftragen würden. Ähnliches hatte Beijing bereits vorher angestrebt. Auf die Erklärung Chen Yulins reagierten der taiwanische Rat für Festlandsfragen sowie Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun) ihrerseits zustimmend. Der Rat für Festlandsfragen kündigte an, Richtlinien für solche Verhandlungen auszuarbeiten. Sogleich erklärten sich auch mehrere führende Unternehmer bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Vor allem Taiwans Privatwirtschaft drängt – nach dem Beitritt zur WTO noch stärker als zuvor – auf eine baldige Aufnahme von direkten Handels- und Verkehrsbeziehungen mit dem Festland. (TT, 10.5., 23.5.02; CNAT, nach BBC PF, 10.5., 21.5.02; FT, 13.5.02; ST, 18.5.02; WSJ, 22.5.02)

Die Liberalisierung der zunächst sehr restriktiven Bestimmungen für den kleinen Grenzverkehr, die in vorsichtigen Schritten schon in den letzten Monaten begonnen hatte, setzte sich unterdessen fort. (Vgl. C.a., 2002/4, Ü 51) So wird taiwanischen Geschäftsleuten demnächst generell erlaubt, von der Hauptinsel aus über Kinmen aufs Festland zu reisen, und zwar „sobald die entsprechenden Hafeneinrichtungen fertig sind“, wie am 6. Mai bekannt gegeben wurde. Die Erleichterung soll auch für Familienangehörige gelten. Sie ersetzt die bisherige Regel, wonach jede derartige Reise als Ausnahme gilt und eigens beantragt werden muss. Damit vollzieht sich praktisch bereits ein langsamer Übergang vom kleinen Grenzverkehr zu den „Großen drei Direktbeziehungen“.

Deren volle Verwirklichung wird wegen anhaltender taiwanischer Bedenken, was Sicherheits- und Souveränitätsfragen angeht, freilich auch dann noch einige Zeit auf sich warten lassen, wenn es tatsächlich bald zu Verhandlungen kommt. Wie ein Regierungssprecher mitteilte, dürfte die Umsetzung bis zu den Präsidentschaftswahlen 2004 dauern. Dann könnte Präsident Chen die Direktverbindungen, die er bei seiner Wahl im Jahr 2000 angekündigt hatte, als politischen Erfolg vorweisen. (CNAT, nach BBC PF, 7.5., 22.5.02) -hws-

### 34 Neues Stadium in den chinesishtaiwanischen Wirtschaftsbeziehungen

Wie weit die Wirtschaftsbeziehungen den politischen Beziehungen bereits voraus sind, erhellten im Mai zwei Meldungen:

1. Zwei taiwanische Banken eröffneten erstmals Repräsentanzen auf dem chinesischen Festland. Es handelt sich um die Chang Hwa Bank mit einem Büro in Kunshan (zwischen Shanghai und Suzhou) und um die United World Chinese Commercial Bank mit einem Büro in Shanghai. Bis daraus Filialen werden, die tatsächlich Bankgeschäfte abwickeln dürfen, werden nach den chinesischen Bestimmungen allerdings noch drei Jahre vergehen. Taiwan kündigte an, im Rahmen der Gegenseitigkeit auch den taiwanischen Markt für Kreditinstitute vom Festland zu öffnen, nannte jedoch keinen Zeitrahmen. (CNAT, nach BBC PF, 15.5., 16.5.02; CNAT, nach BBC EF, 21.5.02)

2. Taiwans staatliche Erdölgesellschaft Chinese Petroleum Corporation und ihr festländisches Pendant, die China National Offshore Oil Corporation, unterzeichneten am 16. Mai ein historisches Abkommen, demzufolge sie sich zu je der Hälfte an einem Gemeinschaftsunternehmen beteiligen, das in der Taiwanstraße nach Öl und Erdgas schürfen soll. Firmensitz werden die britischen Jungferninseln sein. Es handelt sich um das erste größere Joint Venture von Staatsfirmen beider Seiten. Gemeinsame geologische Erkundungen liefen bereits über zwei Jahre und waren 2000 abgeschlossen worden. Die Vertragsunterzeichnung hätte schon im Dezember 2001 erfolgen können, musste allerdings warten, bis der Rat für Festlandsfragen nach Überprüfung der sicherheitsrelevanten Aspekte schließlich mit halbjähriger Frist sein Plazet gab. (TH, 17.5.02; WSJ, 17.5.02; NZZ, 18.5.02) -hws-

### 35 Dürre: Rationierung im Norden, Entspannung im Süden

Beherrschendes Medienthema im Mai war die sich verschärfende Dürre und die dadurch bedingten Rationierungsmaßnahmen, die vor allem die Haupt-

stadt Taipei betrafen. Ab 1. Mai durften keine Springbrunnen mehr betrieben, keine Bäume mehr gegossen, keine Rasen mehr gesprengt werden. Öffentliche Schwimmbäder blieben geschlossen. Die Regierung richtete ein Katastrophenzentrum zur Koordination landesweiter Maßnahmen ein. Zum 8. Mai traten weitere Restriktionen in Kraft, mit denen die gesamte – auch private und privatgewerbliche – Freizeitnutzung von Wasser (z.B. in Saunen) sowie das Waschen von Autos untersagt wurden. In zwei Kreisen wurden Tiefbrunnen, die normalerweise als Notreserve für die Bewässerung in der Landwirtschaft dienen, zur allgemeinen Wasserversorgung herangezogen. Schon am 13. trat eine weitere Verschärfung in Kraft: In fünf Wasserversorgungsbezirken in Taipei und Vororten wurde das Wasser reihum für 24 Stunden gänzlich abgestellt – zum ersten Mal seit 22 Jahren.

In manchen Gegenden waren schon im Februar erste Notmaßnahmen ergriffen und die Bewässerung von Feldern eingestellt worden. (Vgl. C.a., 2002/2, Ü 33) Nötige Ausgleichs- und Entschädigungszahlungen an die betroffenen Landwirte werden den Regierungsetat mit schätzungsweise 1 bis 2 Mrd. NT\$ (30 bis 60 Mio. Euro) belasten. Außer der Hauptinsel Formosa waren auch die anderen taiwanischen Inseln (ebenso wie das südostchinesische Festland) von der Dürre betroffen. Am 6. Mai trat im südtaiwanischen Kaohsiung (Gaoxiong) die erste Stufe der Wasserrationierung in Kraft. Von unmittelbaren Folgen der Rationierung verschont blieb einstweilen die Hightech-Industrie, deren Wasserbedarf bevorzugt gedeckt wurde. Als in Taipei die Wasserrationierung bekannt gegeben wurde, kam es jedoch auch bei den Halbleiterherstellern zu Kurseinbrüchen an der Börse, da die drohende Verschärfung der Lage als nahende Gefährdung der Produktion angesehen wurde.

Ein Großteil der Versorgung beruht vor allem im Falle der Hauptstadt, aber auch bei anderen Städten und Regionen, auf Trinkwasserreservoirs, die durch die gewöhnlich reichlichen Niederschläge gefüllt werden; so fallen in Taipei im Schnitt über 2 m, in Keelung (Jilong) gar über 3 m Regen jährlich, das Drei- bis Vierfache des in Deutschland Üblichen. Von Jah-

resbeginn bis Anfang Mai hatte es in der Hauptstadtregion jedoch nur 280 mm geregnet, etwa halb so viel wie normal. Landesweit erreichten die Niederschläge nur 30% der üblichen Menge. Der Pegel im Feicui-Reservoir, von dem vor allem die Versorgung der Hauptstadtregion abhängt, fiel am 2. Mai auf den niedrigsten Stand seit je. Das nicht minder bedeutende Shimen-Reservoir im Kreis Taoyuan enthielt zur selben Zeit nur noch 7,5% seiner Kapazität. Demgegenüber verzeichnete das Reservoir, aus dem die Elektronikfirmen im Wissenschaftspark von Hsinchu (Xinzhu) ihr Wasser beziehen, zur Monatsmitte noch 76% der Maximalreserven – offenbar dank der Tatsache, dass die Bewässerung von Feldern hier schon zum 1.3. eingestellt worden war.

Taiwans Trinkwasserversorgung beruht zu 24% auf Reservoirs, zu 42% auf Flusswasser und zu 35% auf Grundwasser (nach anderen Angaben 20 bzw. 45 bzw. 35%). Da die Flusswasserressourcen von der Dürre ebenfalls betroffen sind, läge als Ausgleich eine stärkere Nutzung des Grundwassers nahe. Experten warnen jedoch davor, die Grundwasserentnahme stark auszuweiten. Dadurch eventuell ausgelöste Bodensenkungen seien irreversibel. In über 90 Orten, wo es in der Vergangenheit schon zu Bodensenkungen kam, ist die Grundwasserentnahme bereits untersagt.

Die Kreisverwaltung der zu Taiwan gehörenden Insel Matsu (Mazu) beschloss, ein Angebot der Festlandsprovinz Fujian anzunehmen und sich per Schiff Wasser liefern zu lassen. Der Transport erfolgte mit einem taiwanischen Schiff aus Kaohsiung. Solche direkten Verbindungen über die Taiwanstraße sind gemäß der gültigen Politik zwar tabu, wurden vom Rat für Festlandsfragen in diesem speziellen Fall aber toleriert – „versuchsweise“, wie es hieß, obwohl der Wassermangel auf Matsu noch nicht wirklich kritisch sei. Auch Trinkwasserlieferungen vom Festland direkt zur taiwanischen Hauptinsel wurden für die Zukunft nicht mehr völlig ausgeschlossen.

Ab Mitte Mai zeichnete sich eine leichte Entspannung der Lage ab, als erste größere Regenfälle einsetzten. Die Mengen waren jedoch viel zu gering, um bereits an ein Ende der Sparmaß-

nahmen denken zu können. Im Falle des Shimen-Reservoirs wären dafür 300 mm Niederschlag das Minimum. Der Regen verhinderte somit auch nicht, dass in zehn Städten des Kreises Taipei sowie im gesamten Kreis Taoyuan für das Wochenende 18./19. Mai die Wasserversorgung für 36 Stunden eingestellt wurde; am Wochenende darauf wurde ebenso verfahren.

Die wiederholten Wasserabschaltungen führten in Teilen von Taipei zu einer Verseuchung des Trinkwassers, da weiter laufende Pumpen durch Leckstellen im System unreines Grundwasser ansaugten. Mehrere hundert Personen reagierten mit Durchfall und Erbrechen.

In Zentral- und Südtaiwan konnte das Inkrafttreten der nächsten Stufe der Wasserrationierung ab Mitte Mai jedoch ausgesetzt werden. Am 24.5. hatte sich die Lage in zwölf süd- und mitteltaiwanischen Kreisen dank reicher Regenfälle so weit stabilisiert, dass zur üblichen Wasserversorgung zurückgekehrt werden konnte.

Die Opposition machte die Regierung für den Wassermangel mit verantwortlich. Vor allem hätte die Bewässerung von Feldern schon viel früher eingestellt werden müssen. (Die Landwirtschaft ist für 70 bis 75% des gesamten Wasserverbrauchs verantwortlich, obwohl sie nur noch rund 3% zum Bruttosozialprodukt beiträgt.) Ebenfalls kritisiert wurde, dass die Wasserwerke Leckagen nicht beheben.

Die Dürre hat erkennen lassen, dass Taiwan mehr in die Trinkwasserversorgung investieren muss. Dies wird allerdings teuer. Neue Reservoirs müssten an weniger geeigneten Stellen angelegt werden und wären entsprechend kostspieliger als die bisherigen Stauseen. Am einfachsten wird sein, die Wasserverschwendung zu reduzieren, denn Trinkwasser ist in Taiwan bislang deutlich billiger als in anderen Ländern: ein Hektoliter kostet in Singapur das 2,4- bis 3,8fache, in London das 3,3fache und in Tokio das 6,5fache das taiwanischen Durchschnittspreises. Eine Anhebung des Preisniveaus würde automatisch zu einem sparsameren Umgang mit Trinkwasser führen: Der Pro-Kopf-Verbrauch ist derzeit noch doppelt so hoch wie in Deutschland oder Japan. Auch die Beseitigung der Leckagen im Leitungs-

system, durch die bislang ein erheblicher Prozentsatz des Wassers verloren geht, gehört zu den in Angriff zu nehmenden Maßnahmen, die zudem durch eine Erhöhung der Wasserpreise leicht finanzierbar wären.

Auf eine Verteuerung des Wassers läuft auch der nunmehr geplante Bau von acht Meerwasserentsalzungsanlagen hinaus; durch sie soll die Versorgungssicherheit wichtiger Industriebetriebe erzielt werden. Die ersten zwei Anlagen werden jedoch nicht vor 2007 in Betrieb gehen. (TH, 8.5.02; TT, 1.5., 3.5., 4.5., 7.5., 16.5., 17.5., 1.9.5., 24.5., 25.5., 26.5.02; CNAT, nach BBC PF, 2.5., 3.5., 5.5., 7.5., 15.5.02; FT, 3.5.; ST, 8.5., 10.5., 18.5.02; NfA, 28.5.02) -hws-

### 36 Flugzeugabsturz: CAL wird privatisiert

Eine Boeing 747-200 der taiwanischen Flugesellschaft China Airlines (CAL) zerbrach am 26.5. bei einem Flug nach Hongkong nahe den Pescadoren in rund 9.100 m Höhe in vier Teile, die ins Meer stürzten. Alle 225 Insassen kamen ums Leben.

Dass der ungewöhnliche Unfall durch ein militärisches Projektil ausgelöst worden sein könnte, wurde bald darauf als Ursache ausgeschlossen. Bis Ende des Monats lagen keine Erklärungen zum Unfallhergang vor. Allerdings wurde darauf hingewiesen, dass die 1979 in Betrieb genommene Maschine die älteste der Gesellschaft war. Piloten erkannten Ähnlichkeiten mit einem Absturz bei New York im Jahr 1996; damals hatten überhitzte Benzindämpfe einen Treibstofftank explodieren lassen.

Die Katastrophe betrifft eine Fluggesellschaft, die schon in der Vergangenheit vielfach durch ihren niedrigen Sicherheitsstandard aufgefallen war. Unter Einschluss der neuesten Zahlen hatte CAL allein seit 1994 694 Todesopfer zu verantworten.

Taiwans größte Fluggesellschaft ist nach wie vor faktisch ein Staatsunternehmen: 71 bis 72% der Aktien befinden sich in der Hand einer staatlichen Stiftung, der China Aviation Development Foundation (CADF). Ministerpräsident Yu Shyi-kun sagte der Legislative zu, innerhalb von zwei Wo-

chen einen detaillierten Plan zur Umstrukturierung der Unternehmensführung vorzulegen. Auch das Management der CADF wird ausgewechselt. Innerhalb von zwei Jahren soll die CADF dann die CAL privatisieren und sich selbst auflösen. (ST, 26.5.02; CNAT, nach BBC PF, 26.5., 28.5.02; TT, 26.5., 27.5., 1.6.02; Xinhua Hongkong, 27.5.02; FT, 29.5.02) -hws-

### 37 Halbzeit des Präsidenten mit günstigen Umfragewerten

Zwei Jahre nach Antritt seiner vierjährigen Amtszeit erfreut sich Präsident Chen Shui-bian breiter Zustimmung in der Bevölkerung. Einer Umfrage unter 1.019 erwachsenen Taiwanern zufolge zeigten sich 59,2% mit Chens Leistungen in den letzten zwölf Monaten zufrieden; 30,8% waren unzufrieden. Vor einem Jahr hatten sich beide Zahlen noch ungefähr die Waage gehalten. Die Zustimmungswerte differierten unter den Anhängern der Parteien jedoch stark: Bei den Anhängern seiner eigenen Partei erreichte Chen 88,9% Zustimmung, bei der Opposition waren es nur 37 bis 38%. Von allen Befragten äußerten 51,3%, dass sich die Regierungsarbeit zunehmend verbessere; nur 23,7% waren gegenteiliger Ansicht. 43,7% der Befragten erwarteten, dass sich die Beziehungen zu China verbessern, nur 16,6% sahen eine Verschlechterung voraus.

Obwohl diese Umfrage von der DPP in Auftrag gegeben wurde und daher als tendenziös gelten könnte, wird sie doch im Grundsatz durch andere Umfragen bestätigt, die durch die chinesische Tageszeitung *China Times*, durch einen Fernsehsender und durch ein private Forschungsinstitut erfolgten. In allen Fällen erzählte Chen Zustimmungswerte von über 50 bis nahezu 60%. Eine fünfte Umfrage, die im Auftrag der Regierung erfolgte, lieferte weitere Details. Demnach leistete Chens Regierung am meisten in Sachen Umweltschutz (Zustimmungsquote: 70%), in der Wahrung der nationalen Sicherheit (65%), im Schutz der Menschenrechte (64%), in der Bekämpfung der Korruption (61%) und in der Stärkung des sozialen Sicherungssystems (56%). Unzufrieden war eine Mehrheit mit der Wirtschaftspo-

litik (60%). Wenig Zustimmung erhielt die Regierung auch mit ihren Maßnahmen zur Bildungsreform (Unzufriedenheitsquote 43%), in der Verbrechensbekämpfung (41%) und in der Bekämpfung von Naturkatastrophen (41%) – im letzten Punkt spiegelte sich die herrschende Dürre mit ihrer Trinkwasserrationierung wider. Auch Premierminister Yu Shyi-kun erhielt bei Umfragen überwiegend gute Noten.

Bereits die Parlamentswahl Anfang Dezember 2001 hatte erkennen lassen, dass die DPP-Regierung das Stimmungstief von vor einem Jahr hinter sich gelassen hatte; jetzt zeigen die Umfragen, dass sich der für die Regierung positive Trend in der öffentlichen Wahrnehmung weiter gefestigt hat. Wie schon früher ist dies vor allem der Person Chen Shui-bians zu danken, der deutlich mehr Zustimmung erfährt als seine Partei. Inwieweit die DPP davon profitieren wird, dass Chen zum 1. August ihr Vorsitzender wird, bleibt abzuwarten. (CNAT, nach BBC PF, 16.5., 18.5.02; SCMP, 17.5., 22.5.02) -hws-